

99006003017000

Heruntergeladen am 23.06.2025

<https://fimportal.de/xzufi-services/55890/L100042>

Modul	Sachverhalt
Leistungsschlüssel	99006003017000
Leistungsbezeichnung I	
Leistungsbezeichnung II	Arbeitszeit; Beantragung einer längeren täglichen Arbeitszeit für Saison- und Kampagnebetriebe
Typisierung	2/3 - Bund: Regelung (2 oder 3), Land/Kommune: Vollzug
Quellredaktion	Bayern
Freigabestatus Katalog	unbestimmter Freigabestatus
Freigabestatus Bibliothek	unbestimmter Freigabestatus
Begriffe im Kontext	Saisonarbeit
Leistungstyp	
Leistungsgruppierung	
Verrichtungskennung	
SDG-Informationsbereich	
Lagen Portalverbund	
Einheitlicher Ansprechpartner	

Modul	Sachverhalt
Fachlich freigegeben am	20.12.2024
Fachlich freigegeben durch	Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Handlungsgrundlage	http://www.gesetze-im-internet.de/arbzg/__15.html http://www.gesetze-im-internet.de/arbzg/__15.html
Teaser	Auf Antrag kann für Beschäftigte eines Saison- bzw. Kampagnenbetriebs eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit für die Zeit der Saison oder Kampagne bis auf maximal zwölf Stunden täglich an einzelnen Tagen bewilligt werden.
Volltext	Die tägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer ist nach § 3 Arbeitszeitgesetz (ArbZG) auf maximal 10 Stunden begrenzt. Für Saison- und Kampagnenbetriebe kann für die Zeit der Saison oder Kampagne ein Antrag auf längere tägliche Arbeitszeiten für Arbeitnehmer gestellt werden, sofern diesbezüglich nicht bereits tarifliche Regelungen für das Unternehmen gelten.
Erforderliche Unterlagen	• Es sind folgende Unterlagen erforderlich: Nachweise, aus welchen schlüssig erkennbar ist, dass die Voraussetzungen für den Antrag erfüllt sind auf Verlangen der zuständigen Behörde: Ergebnis der aktuellen Gefährdungsbeurteilung, welches insbesondere auf die zusätzlichen Gefährdungen durch die Arbeitszeitverlängerung eingeht Übersicht über die Anzahl der betroffenen Beschäftigten Stellungnahme des Betriebsarztes zur Auswirkung der verlängerten Arbeitszeiten Stellungnahme der Fachkraft für Arbeitssicherheit zur Auswirkung der verlängerten Arbeitszeit gegebenenfalls Stellungnahme des Betriebsrats, Personalrats oder der Mitarbeitervertretung
Voraussetzungen	• Von Seiten des Antragstellers liegt keine tarifliche Ausnahmeregelung bzgl. verlängerter Arbeitszeiten vor. • Es liegt tatsächlich ein Saison- bzw. Kampagnengeschäft im Betrieb vor. Dies kann vom Betrieb plausibel nachgewiesen werden. • Die Mehrarbeit wird durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu anderen Zeiten

Modul

Sachverhalt

ausgeglichen.

- Es wurde eine Gefährdungsbeurteilung nach dem Arbeitsschutzgesetz durchgeführt. Hierbei sind insbesondere die Gefährdungen und Belastungen, die sich durch die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ergeben, berücksichtigt worden: Gefährdungen durch schwere körperliche Arbeit, Gefahrstoffe, Lärm, Strahlung etc., Gefährdungen durch besonders belastende Tätigkeiten z. B. mit hohen psychischen Belastungen oder besonderen Unfallgefahren, Belastungen durch die Länge der Arbeitszeit, Schichtarbeit, Ruhepausen, tägliche und wöchentliche Ruhezeiten und ggf. Sonn- und Feiertagsarbeit.
- Stellungnahmen der Fachkraft für Arbeitssicherheit sowie des betreuenden Betriebsarztes, die auf die antragsspezifische konkrete betriebliche Situation eingehen, wurden vom Antragsteller vorgelegt. Sich daraus ergebende Erkenntnisse, die zusätzliche Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten fordern, sind vom Antragsteller umgesetzt.

Kosten

Kostenrahmen: 50 bis 10.000 EUR Die Kosten hängen von der Dauer der Genehmigung und von der Anzahl der betroffenen Personen ab.

Verfahrensablauf

- Einen Antrag kann das Unternehmen im schriftlichen Verfahren oder online stellen.
- Neben den erforderlichen Unterlagen sind folgende Angaben erforderlich: Antragsteller (hier: Unternehmen), Anzahl der betroffenen Beschäftigten, Beschäftigungsort, verantwortliche Person(en) im Betrieb bzw. auf der Baustelle, Zeitraum bzw. Dauer der Arbeitszeitverlängerung, konkrete Angaben zu den geplanten Arbeits- und Pausenzeiten, Angabe zur arbeitsmedizinischen Betreuung
- Sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung erfüllt, erhält der Antragsteller einen Bewilligungsbescheid.
- Sind die Voraussetzungen für eine Genehmigung nicht erfüllt, erhält der Antragsteller die Möglichkeit, den Antrag zurückzunehmen. Wird der Antrag nicht zurückgenommen, so erhält der Antragsteller einen Ablehnungsbescheid. Die Kosten für den

Modul
Sachverhalt

Ablehnungsbescheid werden anhand des Kostenverzeichnisses berechnet.

- Sind erforderliche Unterlagen bzw. Informationen für die Bearbeitung unvollständig, wird der Antragsteller von der zuständigen Behörde kontaktiert.

Elektronische Einreichung

- Der Antrag kann unter Verwendung des Online-Verfahrens digital an das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Oberfranken übermittelt werden.
- Die Anlagen werden in elektronischer Form (Dateien im PDF-Format) hochgeladen.

Schriftliche Einreichung

Der formlose Antrag kann mit den erforderlichen Unterlagen an das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Oberfranken übermittelt werden.

Bearbeitungsdauer

Frist keine

weiterführende Informationen https://formularserver.bayern.de/intelliform/forms/stmi+regierungen/rof/rof-zz/G1/rof_g1-019-zz/index
https://formularserver.bayern.de/intelliform/forms/stmi+regierungen/rof/rof-zz/G1/rof_g1-019-zz/index

Hinweise

Rechtsbehelf verwaltungsgerichtliche Klage

Kurztext
Ansprechpunkt
Zuständige Stelle
Formulare

Ursprungsportal BayernPortal, BayernPortal